Wie die Sparquote senken?

Durch Umverteilung nach unten

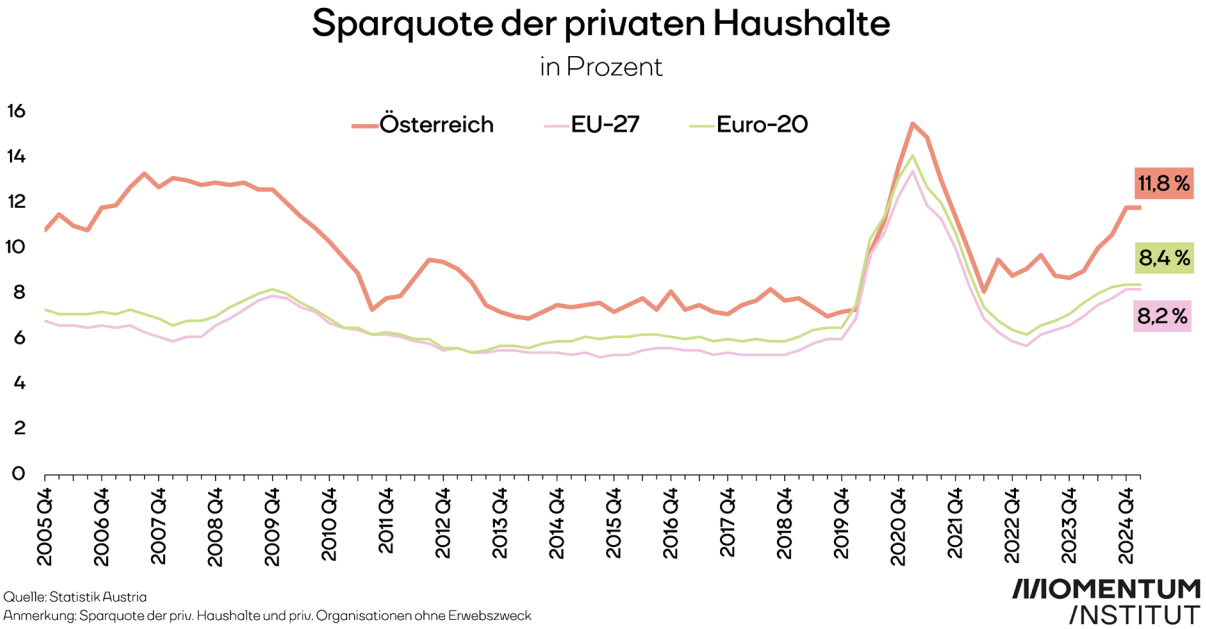
/ Autor:innen: Miriam Frauenlob, Leonhard Dobusch & Oliver Picek

/ August 2025

Die Sparquote lag 2024 mit 11,8 Prozent merklich über dem Jahresdurchschnitt der Vorjahre. Sparen Haushalte und Unternehmen zu viel, drückt das auf das Wirtschaftswachstum. Gerade in Rezessionszeiten könnte die Wirtschaft zusätzliche Ausgaben gut gebrauchen. Hinter der gesamtwirtschaftlichen Sparquote steckt ein Verteilungsproblem: Reiche Haushalte können sehr viel sparen. Bei Armen übersteigen die Ausgaben das Einkommen. Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, muss die Bundesregierung umverteilen und die Nachfrage der unteren Einkommen stützen.

/ Sparquote: Wichtig, aber oft falsch verstanden

2024 stieg die private Sparquote in Österreich markant an. Während sie 2023 bei rund 8,7 Prozent lag, betrug sie 2024 11,8 Prozent. Das ist nicht nur deutlich höher als im Vorjahr, sondern auch höher als in den Jahren vor der Pandemie, als die Sparquote im langjährigen Mittel bei rund 8 Prozent lag. Insgesamt sparten die Haushalte in Österreich 2024 rund 33,9 Milliarden Euro und damit über 10 Milliarden mehr als im Vorjahr. Das zusätzlich gesparte Einkommen allein entspricht über zwei Prozent der Wirtschaftsleistung und fehlt im Konsum. Hätten die Haushalte 2024 ein ähnliches Spar- und Konsumverhalten gezeigt wie im Vorjahr, dann wäre in Österreich ein weiteres Rezessionsjahr verhindert worden.



Quelle: Statistik Austria
Anmerkung: Sparquote der priv. Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwebszweck

Die Sparquote misst, welchen Anteil des verfügbaren Nettoeinkommens Haushalte zur Seite legen können und wollen. Das Gegenstück zur Sparquote ist die Konsumquote, also der Teil des Einkommens, der für Konsum ausgegeben wird. Gesamtwirtschaftlich betrachtet stiegen die Einkommen in Österreich 2024 preisbereinigt um 3,5 Prozent. Der Konsum hingegen stieg nur um 0,1 Prozent. Die hiesige Bevölkerung sparte also – im Durchschnitt betrachtet – fast all ihre Einkommenszuwächse aus dem Vorjahr. Das schadet der Konjunktur, denn anstatt, dass das

Geld bei den Unternehmen landet und die Wirtschaft in Gang bringt, landet es am Sparkonto oder bei den besonders Reichen in Aktien und Fonds. Damit hat die Sparquote eine zentrale Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Neben den Exporten ist der inländische Konsum der wichtigste Treiber der Gesamtnachfrage, die wiederum ein wesentlicher Grund für Investitionen ist. Sinkt die Nachfrage, werden Investitionen verschoben oder überhaupt abgeblasen. Wenn der Konsum stagniert, dann belastet das die Wirtschaft.

/ Infobox: Das Spar-Paradoxon

Wenn Menschen sparen, dann denken sie sich vermutlich, dass sie das, was sie jetzt sparen, später einmal zur Verfügung haben werden. Auf der Ebene eines einzelnen Haushalts funktioniert das auch. Wenn jemand einen Sommer nicht auf Urlaub fährt, dann kann diese Person vielleicht nächsten Sommer länger auf Urlaub fahren oder einen teureren Urlaub machen. Ähnlich ist die Logik, wenn für größere Anschaffungen gespart wird. Doch auf der Ebene der Gesamtwirtschaft funktioniert das nicht. Einfach gesprochen: Wenn wir heute alle gemeinsam mehr sparen, dann bedeutet das nicht einfach, dass wir nächstes Jahr mehr gesamtwirtschaftliches Einkommen haben werden.

Dass mehr Sparen nicht automatisch gut für die Wirtschaft und die Investitionen ist, ist allgemein als „Spar-Paradoxon" bekannt. Schon John Maynard Keynes beschrieb, dass ein Rückgang des Konsums das gesamtwirtschaftliche Einkommen reduziert – und damit letztlich auch die tatsächliche Ersparnis. Schon 1931 schrieb Keynes:

> *„Es gibt heute viele wohlmeinende Bürger ihres Landes, die glauben, dass das Nützlichste, was sie und ihre Mitmenschen tun können, um die Lage zu verbessern, darin besteht, mehr als gewöhnlich zu sparen. [...] Das ist völlig schädlich und irreführend – es ist genau das Gegenteil der Wahrheit"* (Keynes 1931, II.6 151, eigene Übersetzung).

Wird die Sparquote erhöht, bedeutet das nicht, dass das Geld einfach nur an einem anderen Ort zur Verfügung steht. Während es auf individueller Ebene zu Vermögensaufbau führen kann, fehlt das gesparte Geld an anderer Stelle in der Wirtschaft, insbesondere beim Konsum. Kurz gesagt: Wenn gespart wird, dann wird weniger gekauft. Das merken die Unternehmen, bei denen weniger nachgefragt wird. Sie müssen ihre Produktion reduzieren – oder, sie bleiben auf ihren fertigen Waren sitzen. Über das Sparen kommt man also in einen Teufelskreis. Wenn Unternehmen weniger produzieren, können sie auch weniger Menschen beschäftigen. Und wenn die Arbeitslosigkeit steigt, dann sinken wiederum die Einkommen. Das Paradoxe daran: Wenn alle gleichzeitig versuchen, mehr zu sparen, sinkt die Gesamtnachfrage und damit die Wirtschaftsleistung. In der Folge kann die gesamtwirtschaftliche Ersparnis trotz höherer individueller Bemühungen sogar sinken.[1]

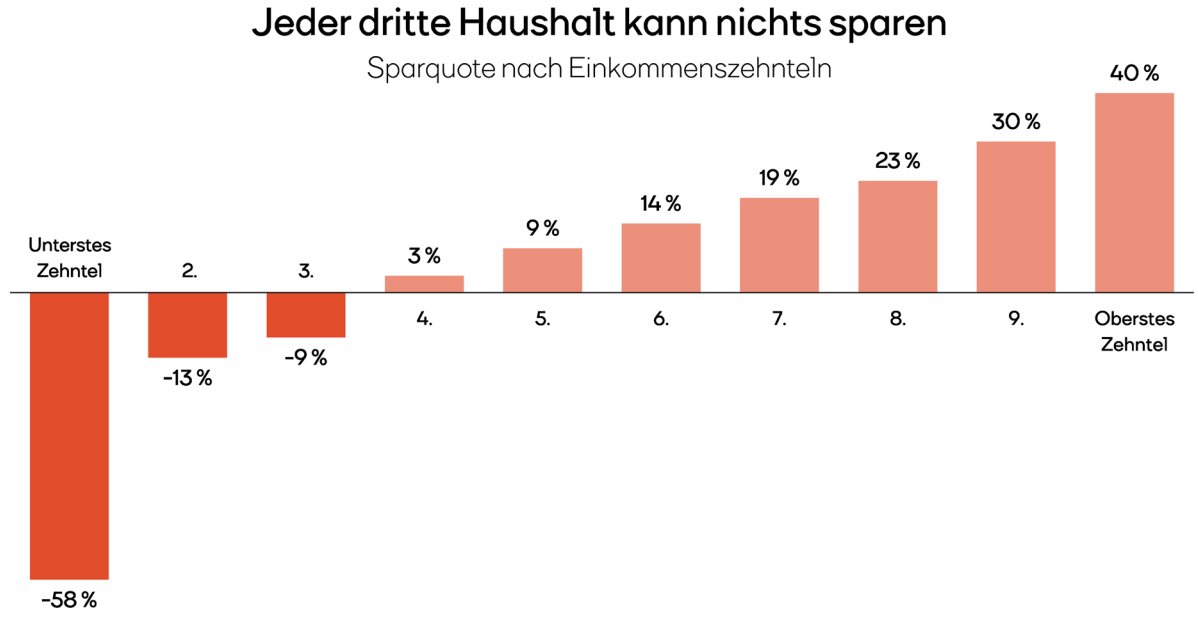
/ Wer wieviel spart: Nur Besserbezahlte sparen, bei den Niedrigbezahlten reicht das Einkommen nicht zum Leben

Bei der Frage, wie viel Prozent des Einkommens gespart werden, macht die Verteilung einen großen Unterschied. Haushalte in den unteren Dezilen können kaum sparen – ihr gesamtes Einkommen fließt in den Konsum. Die einkommensärmsten Haushalte müssen sich sogar verschulden, ihre Sparquote ist negativ. Reichere Haushalte hingegen sparen einen größeren Teil ihres Einkommens, der dann nicht in den Konsum fließt.

[1] Wissenschaftliche Beiträge untermauern das Sparparadoxon sowohl theoretisch als auch empirisch. Besonders nach der Finanzkrise gab es ein erneutes Interesse am Sparparadoxon. Krugmann und Eggertson (2012) gehen etwa von einer Situation aus, in der Menschen sich nicht weiter verschulden können, weil ihre Schulden deutlich schlechter neu-bewertet werden – wie es in der Finanzkrise der Fall war. Dadurch bricht ihr Konsum ein. Die Autoren zeigen, dass selbst Nullzinspolitik nicht ausreicht, dass die anderen Haushalte mehr konsumieren und den Konsumausfall ausgleichen. Die Situation führt zu einem Sparparadoxon, da die Nachfrage plötzlich fehlt (Krugman und Eggerston 2012, 1506).

Eine Analyse der aktuellsten Konsumerhebung 2019/2020 zeigt deutlich, wie ungleich die Sparquote verteilt ist. Die untersten drei Zehntel der Einkommensverteilung haben negative Sparquoten – das heißt, dass sie sich für ihren Konsum verschulden oder auf alte Ersparnisse zurückgreifen müssen. Ab dem vierten Zehntel kann gespart werden, auch wenn das Volumen hier gering ist. Gerade einmal 63 Euro sparte ein durchschnittlicher Haushalt im vierten Dezil pro Monat. Im Vergleich dazu: Ein Haushalt im obersten Zehntel sparte 33-mal so viel, also mehr als 2.000 Euro pro Monat.

Das hat auch makroökonomische Konsequenzen: Während die Einkommen der ärmeren Bevölkerung direkt in die Wirtschaft fließen, gehen bis zu 40 Prozent der Einkommen der Reichsten direkt in Stiftungen, Aktien und Immobilien und fehlen so als Konsum bei den Unternehmen. Die fehlenden Ausgaben der Haushalte sind die fehlenden Einnahmen der Unternehmen.



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, eigene Berechnung
Anmerkung: Zehntel nach Äquivalenzeinkommen. Daten bereinigt um Corona-Zeitraum, Ausreißer einzelner Ausgabengruppen und imputierte Mieten.

/IOMENTUM /NSTITUT

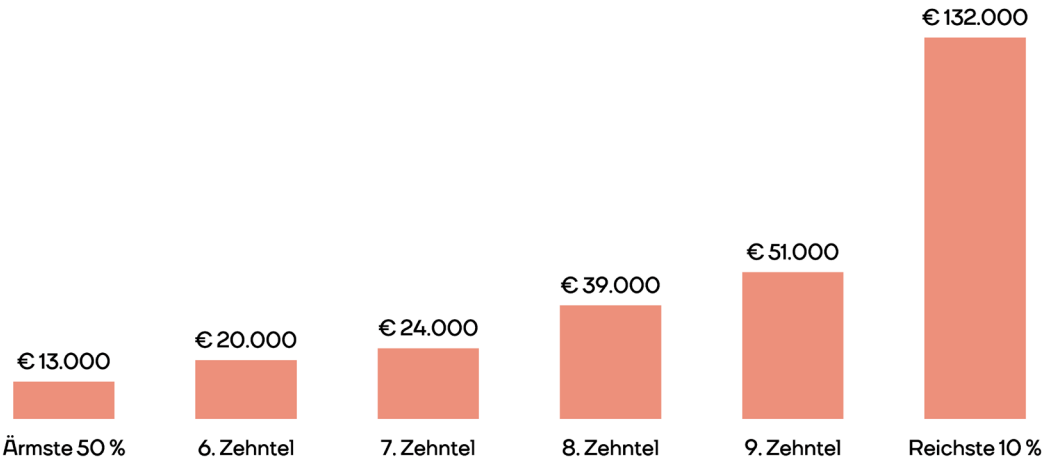
Die ungleiche Verteilung der Sparquote zeigt, wie eng Verteilungsfragen mit der makroökonomischen Entwicklung zusammenhängen. Wenn Haushalte mit niedrigen Einkommen stark belastet werden – so etwa durch Kürzungsmaßnahmen im Sparpaket der Regierung mit der Abschaffung des Klimabonus oder der Aussetzung der Valorisierung von Familienleistungen – dann fehlt deren Konsum direkt in der Gesamtnachfrage. Wenn ohnehin schon nicht gespart werden kann oder Haushalte verschuldet sind, dann führen weitere Einschnitte entweder (noch tiefer) in die Überschuldung, oder das Einkommen fehlt direkt im täglichen Konsum.

Ganz anders die Situation bei den Reichen. Wenn hohe Einkommen sinken oder Reiche einen Beitrag zur Konsolidierung leisten, dann fehlen diese Einkommen nicht direkt in der Konsumnachfrage. Ein Solidarbeitrag von Schwerverdiener:innen würde die Konjunktur weitaus weniger belasten als Einsparungen bei den Ärmsten oder auch in der Mitte der Einkommensverteilung. Wenn von den Einkommen der Reichsten rund vierzig Prozent gespart werden, heißt das: von 100 Euro weniger Einkommen fließen nur 60 Euro weniger in den Konsum[2] – während es im untersten Drittel nahezu die gesamten 100 Euro wären, die in der Gesamtnachfrage fehlen. Auch wenn man sich die Spareinlagen gesamt ansieht, wird klar, dass das reichste Zehntel mehr als zehnmal so viel Spareinlagen hält als das ärmste Zehntel.

[2] Unter der Annahme der marginalen Konsumneigung aus der Konsumerhebung 2019/20.

Reichstes Zehntel hält zehnmal mehr Spareinlagen als die ärmere Bevölkerungshälfte

Durchschnittliche Spareinlagen pro Person nach Nettovermögensdezilen



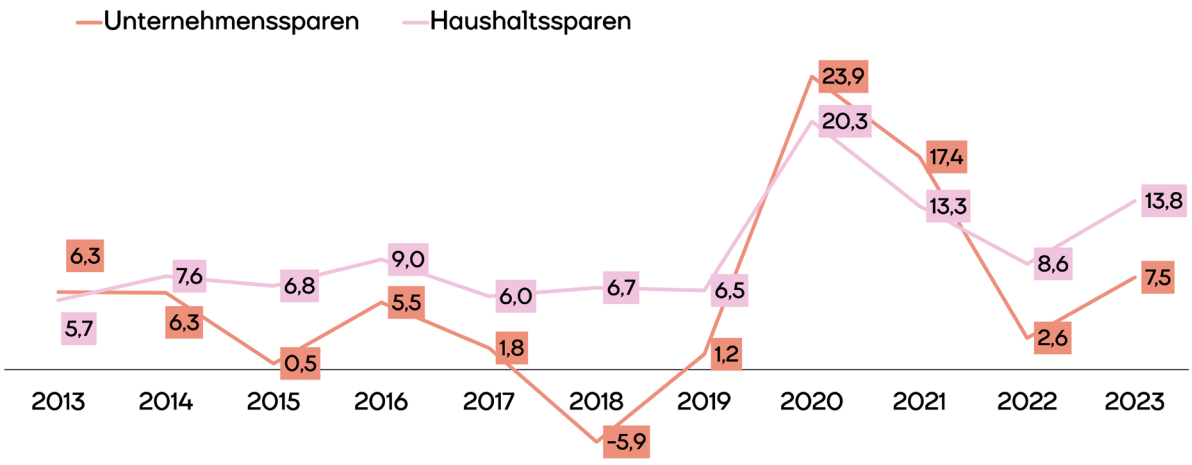
Quelle: EZB Distributional Wealth Accounts, 2024-Q4
Anmerkung: Haushalte gereiht nach Nettovermögen, durchschnittliche Spareinlagen pro Kopf

/I/IOMENTUM
/NSTITUT

Doch neben den Haushalten legen auch die Unternehmen einiges an Geld auf die Seite und sparen derzeit zu viel, was die Wirtschaft ebenso schwächt. In den letzten Jahren sieht man einen Anstieg der Ersparnisse der Unternehmen, der auch 2022 und 2023 nicht auf das Niveau vor der Coronakrise zurückging. Der Überschuss der privaten Unternehmen lag zuletzt bei rund 7,5 Milliarden Euro, also bei fast 1,6 Prozent des BIPs.

Nicht nur Haushalte, auch Unternehmen sparen

Finanzierungssalden in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria, egeine Darstellung
Anmerkung: Unternehmen = finanzielle und nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften

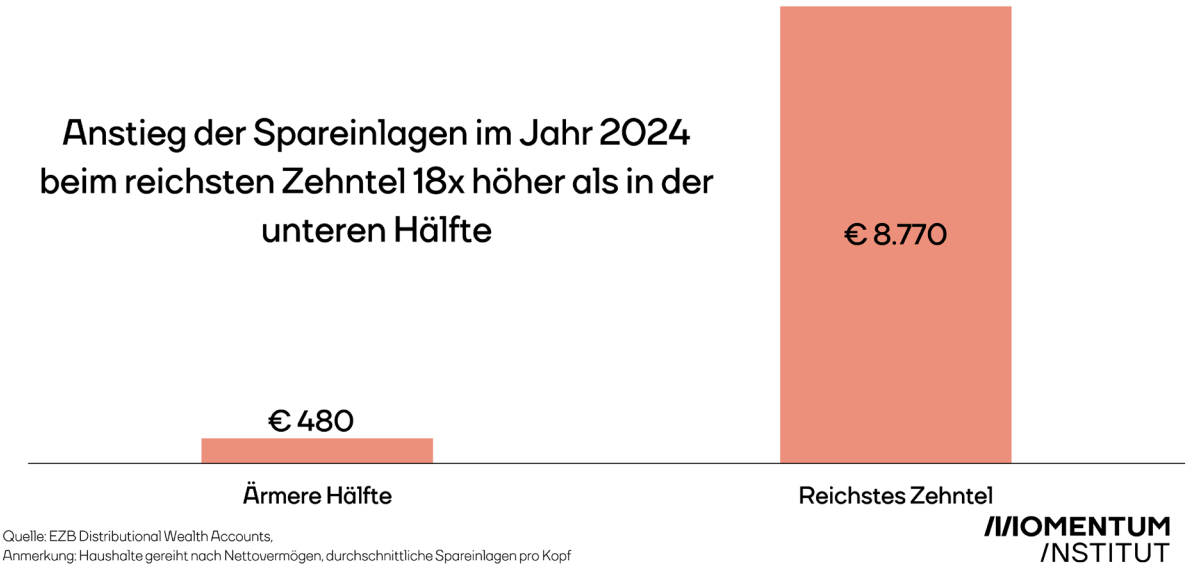
/I/IOMENTUM
/NSTITUT

Unternehmenssparen bedeutet, dass die Finanzanlagen der Unternehmen höher sind als die Kreditaufnahmen für Investitionen. Wenn Unternehmen nicht davon ausgehen, dass die Nachfrage in den nächsten Jahren hoch sein wird, dann ist das Investitionsverhalten zögerlicher. Die Unternehmen erwarten dann schon eine Nachfragelücke. Das bedeutet aber auch, dass die Unternehmen Rücklagen bilden oder sonstige Ersparnisse haben, die nicht nachfragewirksam werden. Hier braucht es Anreize für Investitionen. Ein rasches Senken der Zinsen durch die

Europäische Zentralbank (EZB) wäre eine Möglichkeit, da das Investitionen günstiger macht. In den notwendigen Investitionen, die für die Bekämpfung der Klimakrise unabdingbar sind, liegt ungenütztes Potenzial. Hier sind die EU-weiten Schuldenregeln aktuell ein Hindernis, doch könnte sich Österreich für eine Ausweitung der grünen Investitionen auf EU-Ebene einsetzen. Deutschland hat etwa ein Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität beschlossen. Nachhaltige Investitionen wären auch in der Krise wichtig, um die Konjunktur anzukurbeln. Wenn die Wirtschaft nicht gut läuft, sollte der Staat Defizite machen, wichtige Investitionsvorhaben fördern und damit auch durch die bessere Auftragslage für Unternehmen Investitionen anregen.

/ Umverteilung nach unten senkt die Sparquote insgesamt und erhöht die Wirtschaftsleistung

Das unterschiedliche Konsummuster zeigt, dass nicht alle sparen (können). Auch die aktuellen Vermögensdaten zeigen, dass die Spareinlagen in den letzten Jahren vor allem durch das reichste Zehntel in der Einkommensverteilung gestiegen sind. Während die ärmere Hälfte im Jahr 2024 durchschnittlich 480 Euro mehr auf dem Sparkonto hat als noch im Vorjahr, sind es bei den reichsten fast 9.000 Euro mehr. Das betrifft jedoch nur die Spareinlagen. Besonders die Reichen haben große Teile ihrer Ersparnisse auch in Fonds oder Aktien. Die Analyse der Spareinlagen ist also die Untergrenze, wenn es um die Verteilung des Sparverhaltens geht.



Quelle: EZB Distributional Wealth Accounts,
Anmerkung: Haushalte gereiht nach Nettovermögen, durchschnittliche Spareinlagen pro Kopf

Eine Studie des WIFOs (Ederer et al. 2016) modellierte verschiedene Szenarien der Umverteilung und deren Effekt auf die Sparquote für Österreich und kommt dabei zu ähnlichen Ergebnissen. Dabei gehen die Autor:innen in einem Szenario davon aus, dass die Einkommen der Menschen, die unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen auf ein Niveau subventioniert werden, das nur noch knapp unter dieser liegt. Damit würden die relativen Einkommen des untersten Quintils um 14,3 Prozent ansteigen, während die Einkommen der anderen Quintile gleichblieben. Die makroökonomischen Effekte der Simulation zeigen: durch die hohe Konsumneigung dieser Einkommensgruppe würde die Sparquote nahezu unverändert bleiben, da fast alles des zusätzlichen Einkommens verkonsumiert werden würde. Auch gäbe es positive Auswirkungen auf das BIP und einen kleinen positiven Beschäftigungseffekt durch die stärkere Nachfrage. Die Staatsausgaben würden leicht steigen, doch durch eine stärkere Wirtschaftsleistung würde die relative Staatsverschuldung sogar leicht sinken (Ederer et al. 2016, 36).

Die WIFO-Studie zeigt eindrücklich, dass Umverteilung angesichts der hohen Konsumneigung – sprich dem Anteil des Einkommens, der auch ausgegeben wird – der unteren Einkommensgruppen einen positiven Effekt auf das Konsumverhalten der Menschen in Österreich hätte. Dafür müsste es auch eine Politik geben, die Umverteilung und eine Stärkung der unteren Einkommen fördert. In den letzten Jahren stieg die Ungleichheit in Österreich leicht an. Die aktuelle Wirtschaftspolitik ändert daran nichts. Die WIFO-Prognose vom Juni 2025 geht davon aus, dass die Ungleichheit auch 2025 und 2026 auf dem Niveau von 2024 bleiben soll (WIFO 2025, 3). Eine Senkung der Einkommensungleichheit könnte jedoch ein wichtiger Hebel in der Erhöhung der Konsumnachfrage sein.

/ Wie man die Sparquote senken kann

Es gibt zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen, mit denen man die Sparquote reduzieren könnte. Allen voran würde eine Umverteilung nach unten die Sparquote fast schon automatisch senken, da die obersten Dezile eine niedrige Konsumneigung haben. Doch auch abseits davon gibt es zahlreiche Möglichkeiten die Sparquote zu senken und mehr Konsumnachfrage zu schaffen.

/ Vorsichtssparen mindern: Angst vor Arbeitslosigkeit reduzieren

Als eine wichtige Maßnahme zur Erhöhung des privaten Konsums, könnte die Regierung die Unsicherheiten der Beschäftigten reduzieren. „Vorsichtssparen“ wird oft negativ betrachtet, doch ist es für Menschen rational, sich einen Puffer anzulegen, wenn sie mit großen Unsicherheiten konfrontiert sind. Eines der größten Risiken, für das Arbeitnehmer:innen sparen, ist das Risiko der Arbeitslosigkeit.

Im Juli 2025 war die Arbeitslosigkeit um 5,2 Prozent höher als noch im Vorjahr. In einer solchen Situation ist es wichtig, Menschen die kurzfristig ihre Jobs verlieren, durch Instrumente wie Kurzarbeit oder Arbeitsstiftungen Sicherheit zu geben. Außerdem braucht es Beschäftigungsinitiativen für Langzeitarbeitslose und eine Jobgarantie. Das stabilisiert die Einkommen und vor allem die niedrigeren Einkommen fließen direkt in den Konsum. Einkommensverluste in den unteren Dezilen oder bei drohendem Arbeitsplatzverlust abzufedern, hat eine doppelte Wirkung auf die Konjunktur. Neben der direkten Konsumwirkung erhöht auch ein höheres Vertrauen das Konsumverhalten. Auch Menschen in der Mittelschicht hätten dann weniger Anlass, sich für die drohende Arbeitslosigkeit einen Notgroschen wegzulegen. Auch würde es der Nachfrage helfen, die Nettoersatzrate für das Arbeitslosengeld von aktuell 55 auf 70 Prozent anzuheben.

/ Sparpaket verteilungsgerechter umbauen

Das Budget der österreichischen Regierung besteht derzeit hauptsächlich aus einem Sparpaket. 6,4 Milliarden Euro will die Regierung allein dieses Jahr einsparen. Vor allem die ausgabenseitigen Sparmaßnahmen schwächen den Konsum der unteren Einkommensschichten und bremsen somit die Konjunktur. Denn genau dieser Konsum fehlt in der Gesamtnachfrage, was das BIP belastet, und die Budgetsanierung erschwert.

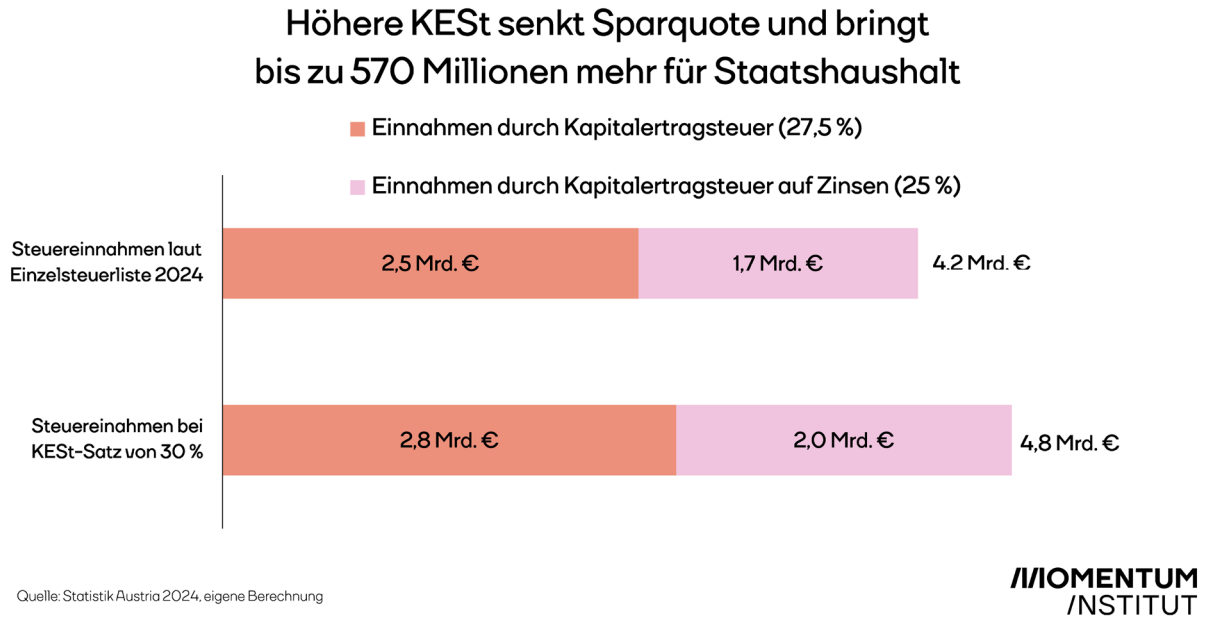
Um die Nachfrage zu stärken, sollte die österreichische Regierung die Valorisierung der Sozial- und Familienleistungen, die im Rahmen des Sparpakets ausgesetzt wurden, wieder einführen. Für einkommensarme Familien machen Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Kinderbetreuungsgeld einen großen Teil des verfügbaren Einkommens aus. Ein Aussetzen der Valorisierung macht sich dann schmerzlich bemerkbar und fehlt – angesichts der hohen

Konsumneigung in den unteren Einkommensdezilen – auch direkt in der Gesamtnachfrage. Gleichzeitig könnten die Einführung von Vermögen- und Erbschaftssteuern das Budgetloch schmälern ohne die Konjunktur stark zu belastet. Auch die kalte Progression könnte sich die Regierung in Zeiten, in denen aufgrund der Schuldenregeln ein hoher Spardruck besteht, einbehalten, da diese vor allem die höheren Einkommen stärker betrifft.

/ Kapitalertragsteuer erhöhen

Während es bei den unteren Einkommensdezilen darum geht, ihr Einkommen in Krisenzeiten zu stabilisieren, kann man auch das Sparen, besonders für die Vermögenden, unattraktiver machen. Eine Möglichkeit, die bereits von anderen Staaten genutzt wird, wäre Kapitalerträge gemeinsam mit dem Einkommen zu besteuern. Denn aktuell gilt der KESt-Steuersatz in Österreich unabhängig von der Höhe der Erträge und unabhängig vom restlichen Einkommen. Aktuell bezahlt eine Milliardärin auf ihr Sparvermögen denselben Steuersatz wie eine Mindestpensionistin.

Eine progressive KESt würde bedeutet, das eine Sparerin, deren Einkommen in einer niedrigen Steuerklasse liegt, für die Gewinne durch Zinsen weniger Steuern zahlen müsste, während für die Reichen der Spitzensteuersatz fällig werden würde. In Dänemark ist das schon gängige Praxis. Eine Erhöhung der KESt könnte auch zur Budgetsanierung beitragen. Schweden hat etwa eine Kapitalertragsteuer von 30 Prozent. Hätte Österreich Kapitalgewinne 2024 so besteuert wie Schweden, dann würde das bis zu 570 Millionen Euro Mehreinnahmen für den Staat bringen und gleichzeitig die Haushalte zum Konsumieren anregen.



Quelle: Statistik Austria 2024, eigene Berechnung

/MOMENTUM /NSTITUT

/ Körperschaftsteuer erhöhen und Investitionsfreibeträge schaffen

Auch beim Unternehmenssparen könnte man durch Änderungen im Steuersystem Anreize schaffen. Eine Möglichkeit hier ist die Erhöhung der Körperschaftssteuer bei gleichzeitigen Investitionsanreizen. Die Körperschaftsteuer beträgt in Österreich aktuell 23 Prozent und ist schon lange auf einem Abwärtstrend. Erst in den letzten Jahren wurde sie schrittweise von 25 auf 23 Prozent gesenkt. Im EU-Durchschnitt sank die KöSt in den letzten 30 Jahren sogar von 35 auf 21,3 Prozent. Dadurch entgehen dem Staat Steuereinnahmen, die dann im Budget fehlen. Gleichzeitig zeigen die hohen Salden, dass es den Unternehmen nicht an Liquidität fehlt. Eine Rückkehr zu einer höheren Körperschaftsteuer, kombiniert mit Freibeträgen für sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen, könnte das Investitionsverhalten der österreichischen Unternehmen ankurbeln und so die Konjunktur stützen.

/ Von Einmalzahlungen & Überförderung absehen und Subventionen zurücknehmen

In den letzten Jahren wurden sowohl an Unternehmen als auch an Privatpersonen hohe Einmalzahlungen und Subventionen ausgezahlt. Besonders in der Coronapandemie gab es zahlreiche Unternehmen, die durch Überförderung hohe Übergewinne einfuhren. Rund 39 Milliarden Euro an Subventionen wurden seit 2020 zusätzlich ausgeschüttet. Das schadet dem Budget gleich mehrfach. Denn abgesehen davon, dass Einmalzahlungen teuer sind, regen sie wenig zum Investieren oder Konsumieren an. Um Haushalte zu stützen wäre es besser Sozialleistungen anzuheben oder mehr Sicherheit am Arbeitsmarkt herzustellen. Bei Einmalzahlungen können sich die Menschen nicht darauf verlassen, dass ihr Einkommen langfristig steigt und es wird eher gespart.

/ Literatur

Ederer, S., Baumgartner, J., Bierbaumer-Polly, J., Kaniovski, S., Rocha-Akis, S., Streicher, G. (2016). *Österreich 2025: Privater Konsum und öffentliche Investitionen in Österreich*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Degorce, V., Monnet, E. (2020). The Great Depression as a Saving Glut. CEPR Discussion Paper.

Keynes, J. M. (1931). Essays in Persuasion. MacMillan & Co.

Krugman, P., Eggertson, G. (2012). Debt, Deleveraging and the Liquidity Trap. A Fisher-Minsky-Koo Approach. Quarterly Journal of Economics 127(3), 1469-1513.

WIFO (2025). Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-6923/kp_2025_02.pdf [26.06.2025].

Zitiervorschlag:
Frauenlob, Miriam, Dobusch, Leonhard & Picek, Oliver (2025). *Wie die Sparquote senken? Durch Umverteilung nach unten*. Momentum Policy Note 9/2025.